

Bundespräsident fordert Respekt vor dem Islam



Braver Dhimmi! Respekt vor dem Islam, den er als „im Kern friedlich“ erlebt, [fordert Bundespräsident Horst Köhler](#) (Foto). Derweil ist Bundesinnenminister Thomas de Maizière „ein bißchen traurig“, weil die Kirchen nicht [stärker auf die Moslems zugehen](#). Und man fragt sich: Lebt man selbst in einem Paralleluniversum oder sind es die anderen?

Köhler sagte:

„Respekt muss uns leiten, wenn wir über den Islam diskutieren“, betonte Köhler. „Ich kenne den Islam als im Kern friedliche Religion, die in sich ruht, ihre eigene Berechtigung und Geschichte hat“. Die Gesellschaft müsse aber auch entschieden ihre Erwartungen an die Muslime formulieren: „Sie lautet, dass sich die Religion des Islam von fundamentalistischen Gewaltpropheten und Gewalttätern strikt abgrenzt, ihnen klar entgegentreten muss und sich in unsere Rechtsstaatlichkeit einordnet.

Na dann fangen wir doch am besten mit der Distanzierung vom Massenmörder und „Religions“gründer Mohammed und dem Herzstück des Islam – dem Koran – an.

Für Zwangsverheiratungen und sogenannte Ehrenmorde ist in unserer Gesellschaft kein Platz.“

Oh ja, das wird die Moslems schwer beeindrucken.

De Maizière fordert, [während die Moslems aus dem „Dialog“ aussteigen](#), dass die Kirche stärker auf sie zugehen muss. Seltsamerweise fordert er von den Moslems gar nichts.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière fordert von den christlichen Kirchen einen stärkeren Dialog mit den Muslimen in Deutschland. Der CDU-Politiker nutzte am Donnerstag eine Podiumsdiskussion auf dem Kirchentag in München zu deutlicher Kritik. Er könne es „nicht akzeptieren“, wenn die christlichen Kirchen unter Verweis auf die staatliche Islamkonferenz auf eigene Anstrengungen verzichteten, sagte de Maizière.

Eigentlich war der Minister gefragt worden, ob er frustriert wegen des Ausstiegs des Zentralrates der Muslime in Deutschland aus der Islamkonferenz sei. de Maizière ging darauf zunächst nicht ein. Er antwortete vielmehr, er sei „ein bisschen traurig“ über das Verhalten der christlichen Kirchen bei dieser Integrationsaufgabe.

Also ist jetzt irgendwie die Kirche schuld, dass der Islamrat das staatlich finanzierte Palaver namens Islamkonferenz absagt? Oder soll die Kirche vermitteln?

(Spürnasen: Israel_Hands und Voiceofreason)

Israeltag in Köln: Zum 62. Geburtstag viel Glück!



Jedes Jahr im Mai wird in vielen deutschen Städten Israels Geburtstag gefeiert, um ein kraftvolles Zeichen der Solidarität zu der einzigen Demokratie im Nahen Osten zu bekunden. Seit vielen Jahren schon ist Köln eine der Ausrichterstädte des Israeltags und PI berichtet [seit 2007](#) regelmäßig von der Veranstaltung. Auch gestern, zwei Tage vor dem offiziellen Feier-Termin am 14. Mai, war es in der Domstadt wieder soweit.

Wie immer fand die Veranstaltung gegen 16 Uhr mitten im Herzen Kölns auf dem Rudolfplatz statt. Bis zur ersten Rede gab es auf der großen Bühne, die – und das mag unser subjektiver Eindruck sein – weniger festlich geschmückt war als in den Jahren zuvor, mit dem Kinderchor „Kochavit“, dem Klezmerensemble der Musikschule der Stadt Leverkusen und dem „Voices in Peace“-Chor einige unterhaltsame musikalische Darbietungen. Dann folgte der Auftritt des vierten Kölner Bürgermeisters Manfred Wolf (FDP), dessen Rede allerdings inhaltlich so nichtssagend war, dass wir sie hier nicht weiter erwähnen möchten. Überhaupt war es wieder einmal spannend, wer von den Stadtoberen dabei war, und wer durch Abwesenheit glänzte. So wie Ex-Oberbürgermeister Fritz Schramma (CDU), der letztes Jahr nach seiner Rücktrittsankündigung das allererste Mal den Israeltag besuchte, ließ sich auch sein Nachfolger Jürgen Roters (SPD) in seinem ersten Amtsjahr nicht bei den Israelfreunden blicken. Wir sind gespannt, ob er nächstes Jahr dabei sein wird.

Richtig übel nehmen konnte man ihm seine Abwesenheit nicht, zu ungemütlich-kalt waren die Temperaturen an diesem Mittwoch-

Abend. So blieben leider, sehr ungewohnt für den Kölner Israeltag, viele der Zuschauerbänke leerer als sonst und auch die typische „Israeltag“-Stimmung, bei der sich die Teilnehmer vor der Bühne zu spontanen Tanzeinlagen zusammenfinden, kam viel zu selten auf. Einzige Ausnahme war selbstverständlich, als der Pianist, Entertainer, Sänger und Künstler Moische Fleischer zusammen mit zwei Sängerinnen die Bühne „rockte“. Der „kölsche Israeli“ mit der sonoren Stimme trat schon mit so bekannten Größen wie Ray Charles, Carlos Santana und Cliff Richards auf und zeigte auch diesmal wieder, dass man ein Publikum auch bei Bibber-Temperaturen mitreißen kann.

Fazit: Auch diesmal hat sich der Besuch des Kölner Israeltags gelohnt, auch wenn die Besucherzahl dieses Jahr angesichts der kalten Witterung geringer als in den Vorjahren war. Aber es ist immer wieder schön, unter Gleichgesinnten den Geburtstag Israels zu feiern. Im nächsten Jahr sind wir wieder dabei!

» [Termine zum Israel-Tag in Ihrer Nähe](#)



ZDF: Zensur-Vorwürfe sind „Schmarrn“



Nach der ZDF-Absage an Kurt Westergaard hat der dänische Karikaturist das ZDF beschuldigt, sich ausgerechnet am gestrigen Tag der Pressefreiheit einer [Selbstzensur](#) zu beziehen. Das ZDF bezeichnete die Vorwürfe von Westergaard als „[Schmarrn](#)“. „Die Absage war eine redaktionelle Entscheidung des ZDF“, sagte Sender-Sprecher Jörg Berendsmeier (Foto l.). Eine Unterhaltungssendung sei nicht die richtige Plattform für die Auseinandersetzung mit diesem Thema. Mit einem Zurückweichen vor Extremisten oder Furcht vor Islamisten habe das nichts zu tun.

PI-Leser *Nockerl* hatte – wie viele andere PI-Leser wohl auch – die Westergaard-Ausladung in einem Brief an das ZDF kritisiert:

*Sehr geehrte Damen und Herren,
wie ich dem Blog [blue-wonder.org](#) entnommen habe, sagten Sie ein Interview mit Kurt Westergaard ab, da Sie um die Sicherheit Ihrer Mitarbeiter besorgt waren. Zunächst verstehe ich voll und ganz, dass Sie Ihrer Fürsorgepflicht gegenüber Ihren Mitarbeitern so gut als nur irgend möglich nachkommen wollen und müssen. Allerdings sehe ich dem gegenüber das essentielle Interesse der Öffentlichkeit, insbesondere von den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten umfassend informiert zu werden. Aber auch von diesen die Meinungsvielfalt innerhalb der Gesellschaft widergespiegelt zu sehen und der gesellschaftlichen Diskussion eine Plattform geboten zu bekommen. Dieses Interesse muss umso stärker gewichtet werden, als es einer Partei oder Gruppe darum geht, diese Meinung zu unterdrücken.*

Wer – wie Sie – einer Meinung das Forum entzieht, weil er Gewalt fürchtet, gibt der Gruppe nach, die mit Gewalt(-androhung) Meinungen zu unterdrücken sucht und dies in dem von Ihnen verantworteten Fall auch erreicht. Sie haben damit den Gewaltbereiten einen Erfolg verschafft und somit das Problem verstärkt. Leider kann ich Ihnen den Vorwurf nicht ersparen, das Verhalten der militanten Islamisten, Meinungen durch Gewalt zu unterdrücken, bestärkt und es somit für Menschen mit der Sichtweise des Herrn Westergaard oder auch für Frau Hirsi Ali, Frau Ates, Frau Kelek und viele andere noch gefährlicher gemacht zu haben. Sie haben somit zu Lasten islamkritischer Mitbürger und – wie im Falle der Frau Ates – den an einer Reform des Islam Interessierten und Arbeitenden die Sicherheit Ihrer Mitarbeiter (scheinbar) erhöht. Das mag nicht Ihre Absicht gewesen sein, es ist aber dennoch die Folge Ihres leichtfertigen Handelns.

Zudem haben Sie Ihrer eigenen Glaubwürdigkeit einen Bärendienst erwiesen. Wie soll sich angesichts Ihres Verhaltens der Zuschauer sicher sein, dass Sie so manches Thema oder auch die ein oder andere Meldung nicht schlichtweg unterschlagen oder aber ihr zumindest eine für die Gewaltbereiten genehmere Färbung geben, um eine vermeintliche Sicherheit zu erreichen?

Interessant finde ich in diesem Zusammenhang [Ihre eigene Werbung und Vernetzung](#) für den „Kampf gegen Rechts“. So wichtig und richtig es ist, sich gegen jede Form des Extremismus und damit AUCH gegen den Rechtsextremismus zu wenden, zeigt Ihre Auswahl nur allzu deutlich auf, welchen Extremismus Sie für den gefährlicheren halten. Denn während Herr Westergaard sich gegen den islamischen Extremismus wendet und dabei von Ihnen aus Angst im Stich gelassen wird, sehen Sie für Ihre Mitarbeiter ganz augenscheinlich keine Gefahr gegeben, wenn Sie sich gegen den Rechtsextremismus wenden. Andernfalls wäre zu erwarten, dass Sie mit der gleichen Überlegung in Hinsicht auf die Sicherheit Ihrer

Mitarbeiter dem „Kampf gegen Rechts“ keine Plattform böten.

Da Sie sich aber offensichtlich nur gegen Extremismus wenden, wenn von diesem keine Gefahr für Sie ausgeht und im gegenteiligen Falle sich für Nachgeben entscheiden, verkommt Ihr „Widerstand“ gegen Extremismus zur lächerlichen Attitüde. Daher fühle ich mich angesichts Ihres Verhaltens an die Feststellung erinnert, dass der Kampf gegen Hitler umso entschlossener geführt wird, je länger er tot ist.

Mit enttäuschten aber dennoch freundlichen Grüßen

Und erhielt folgende Sammelmail:

Sehr geehrte(r) Frau/Herr xxx,

vielen Dank für Ihre E-Mail an das ZDF.

Ihre Kritik an der Absage des geplanten Interviews mit Kurt Westergaard in der Sendung „Markus Lanz“ haben wir der zuständigen Redaktion unseres Hauses zur Kenntnis gebracht. Ihre Ausführungen fließen darüber hinaus in unsere hausinterne Auswertung ein und bilden somit einen wichtigen Hinweis darauf, welche Resonanz unsere Programmarbeit beim Zuschauer findet.

Die Absage war eine redaktionelle Entscheidung des ZDF. Der Vorschlag wurde mit der Begründung abgelehnt, dass eine Unterhaltungs-Talkshow keine geeignete Plattform für eine Auseinandersetzung mit dem Thema ist. Das ZDF hat in anderen Formaten vielfach über den Karikaturenstreit berichtet und wird dies auch weiter tun. Die für Kultur und Zeitgeschichte zuständigen Redaktionen bereiten derzeit eine mehrteilige Dokumentation mit dem Arbeitstitel „Der Heilige Krieg“ vor, die das Thema sowohl aus historischer Perspektive als auch anhand der gegenwärtigen Konflikte und aktuellen Brennpunkte aufarbeitet.

Mit freundlichen Grüßen

- » [Forum zur Markus Lanz-Sendung](#)
 - » zuschauerredaktion@zdf.de
-

Irmer prescht vor – und rudert wieder zurück



Wie schwer es Politiker etablierter Parteien haben, die sich in der Öffentlichkeit islamkritisch äußern, musste heute einmal mehr der hessische CDU-Landtagsabgeordnete Hans-Jürgen Irmer (Foto) erfahren. Nach einem couragierten Interview mit der Wetzlarer Zeitung, in dem er ganz plausible Aussagen zum Islam machte (*„Der Islam ist auf Eroberung der Weltherrschaft fixiert“ – „Der Zuzug von Muslimen ist eine gefühlte Landnahme“ – „Wir brauchen nicht mehr, sondern weniger Muslime“ – „Wer, wie die neue niedersächsische Sozialministerin Aygül Özkan, einer EU-Mitgliedschaft der Türkei das Wort redet, leistet einen Beitrag zur Islamisierung Deutschlands“*), musste er seine Äußerungen wieder zurücknehmen. „Ich muss einräumen, dass ich hier einen großen Fehler gemacht habe. Die Formulierungen sind über das Ziel hinausgegangen“, so Irmer heute im Landtag.

Die [FAZ](#) berichtet:

„Das Maß der rassistischen Übergriffe ist voll“, kritisierte der SPD-Abgeordnete Gerhard Merz. Ein Mann, der nicht zum ersten Mal durch „volksverhetzende Äußerungen“ auffalle, sei als stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Sprecher für Bildungspolitik untragbar. Der Grünen-Fraktionsvorsitzende Tarek Al-Wazir sprach von Ansichten, die man sonst nur von der NPD höre. Die CDU habe schon viel zu lange zugesehen, wie Irmer „im Trüben fischt“ und eine der großen Weltreligionen diffamiere, sagte Al-Wazirs Fraktionskollege Mathias Wagner. Auch die Fraktionschefin der Linkspartei, Janine Wissler, wies darauf hin, dass Irmers „zutiefst rassistische“ Meinungen seit langem bekannt seien. Er beleidige alle Muslime und konterkariere damit die Integrationsbemühungen der Landesregierung.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Christean Wagner stellte klar, dass seine Fraktion die Äußerungen Irmers „sehr klar und deutlich und geschlossen“ missbillige. Ähnlich äußerte sich der Fraktionsvorsitzende der Liberalen, Florian Rentsch: Er begrüße den „Denkprozess“, der offenbar bei Irmer eingesetzt habe. „Aber er war überfällig.“

Überfällig sind Denkprozesse und vielleicht mal einen Blick in den Koran eher bei denjenigen, die Irmer jetzt so heftig kritisieren.

- » HR: [Landtag missbilligt Irmer-Äußerungen](#)
- » FNP: [Hessischer CDU-Politiker löst Sturm der Empörung aus](#)

Domradio **erinnert** **an**

türkischen Völkermord



Vor 95 Jahren begann

in der Türkei der systematische Völkermord an den armenischen Christen. In der deutschen Presse hält man sich mit Erinnerungen an den historischen Vorläufer des Holocaust zurück, könnte doch die Erwähnung des von der EU als Genozid anerkannten Verbrechens hier lebende Angehörige des Tätervolkes provozieren.

Umso mehr ist das [Kölner Domradio](#) zu loben, das das mohammedanische Tabu bricht:

Es ist eines der dunkelsten Kapitel des Ersten Weltkriegs: der Völkermord an den Armeniern. Bis heute behauptet die türkische Regierung, es habe ihn nie gegeben. Am 24. April 1915 begann der Völkermord mit der Verhaftung von 235 armenischen Intellektuellen in Istanbul.

Zwischen 1915 und 1917 wurden nach Schätzungen zwischen 600.000 und 1,5 Millionen Armenier ermordet. Auch Zehntausende assyrische und andere Christen wurden während des Ersten Weltkriegs durch die damalige Osmanische Regierung umgebracht.

Im von Krisen geschüttelten Osmanischen Reich bildeten die Armenier um 1900 eine autonome Gemeinde mit eingeschränkten Rechten. Erfolge in Landwirtschaft, Handwerk und Finanzwesen

weckten Neid. Für viele Türken waren die unter westlichem Schutz stehenden Christen Schuld am Siechtum und Auseinanderfallen des Reichs. Schon Ende des 19. Jahrhunderts kam es zu ersten Pogromen. Allein die Massaker von 1894 bis 1896 hinterließen zwischen 50.000 und 300.000 Tote. Als zwischen 1909 und 1912 auch die Balkanvölker auf nationale Unabhängigkeit drängten oder von den Großmächten annektiert wurden, spitzte sich die Situation zu: Die 1908 an die Macht gekommenen Jungtürken zielten auf ein einheitliches türkisches Reich, wollten Türkisch als Einheitssprache und den Islam als alleinige kulturelle und religiöse Basis durchsetzen.

Der Erste Weltkrieg lieferte die Gelegenheit, dieses Konzept durchzusetzen. Auf Befehl des Innenministeriums wurde die politische und gesellschaftliche Elite der Armenier zu Tausenden verhaftet und meist ohne Prozess hingerichtet. Zehntausende starben auf Todesmärschen in der mesopotamischen Wüste.

Nachspiel, das Rechtsgeschichte schrieb

Deutschland, damals Kriegsverbündeter der Türkei, schaute stillschweigend zu, war aber genau informiert. Der deutsche Vizekonsul in Erzurum hielt 1915 fest: „Die armenische Frage soll nun im gegenwärtigen Krieg gelöst werden“, und zwar „in einer Form, die einer absoluten Ausrottung der Armenier“ gleichkomme. Der Widerstand einer kleinen Gruppe wurde weltweit bekannt und ging in die Literaturgeschichte ein: In seinem Erfolgs-Roman „Die vierzig Tage des Musa Dagh“ schilderte Franz Werfel, wie sich im Herbst 1915 mehrere tausend Armenier am 1.700 Meter hohen Berg Musa Dagh verschanzten. Kurz bevor sie aufgeben mussten, wurden sie von einem französischen und einem britischen Kriegsschiff gerettet.

Die Gewalttaten hatten ein Nachspiel, das Rechtsgeschichte schrieb: Nach dem Weltkrieg drängten die westlichen

Siegerstaaten erstmals auf Kriegsverbrecherprozesse. Ein türkisch besetztes Kriegsgericht in Istanbul stellte fest, dass die Verbrechen zentral vorbereitet wurden, und verurteilte 17 Angeklagte zum Tode, konnte aber nur drei Hinrichtungen vollziehen. Die Haupttäter flohen, wurden aber zum Teil von armenischen Attentätern ermordet.

Tabu, das langsam aufbricht

Bis heute belasten diese Ereignisse die internationalen Beziehungen. 22 Länder und das Europaparlament haben das Geschehen bislang offiziell als Genozid eingestuft. Die Deportationen seien eine Kriegsnotwendigkeit gewesen, um die Armenier an der Unterstützung der russischen Truppen und an Aufständen zu hindern, behaupten türkische Historiker bis heute. Man solle Beweise für den Völkermord vorlegen, sagt Ministerpräsident Tayyip Erdogan. Auf die jüngst erlassene Genozid-Resolution des schwedischen Parlaments reagierte er beleidigt: Wenn das nicht aufhöre, werde die Regierung die illegal in der Türkei lebenden Armenier deportieren, drohte er.

Allerdings ist das Tabu in der türkischen Gesellschaft längst brüchig geworden. Einer der wichtigsten Wegbereiter für ein Umdenken war der armenisch-türkische Journalist Hrant Dink, der im Januar 2007 von einem Nationalisten ermordet wurde. In Istanbul sollen in diesem Jahr erstmals mehrere große Kundgebungen und Gedenkveranstaltungen an das Geschehen erinnern. Auch in Hamburg wollen armenische, assyrisch-aramäische, türkische und kurdische Vertreter am Samstag an die Verfolgung erinnern.

Die Veranstaltungen fanden offenbar in großer Stille statt, jedenfalls sorgten sie nicht für Schlagzeilen in den großen Zeitungen, wie es dem Anlass angemessen wäre. Auf einen Versuch der Mindener Lokalzeitung, zur Aufarbeitung beizutragen, reagierten die Türken vor kurzem jedenfalls noch

wie gewohnt. Die [FAZ berichtet](#):

Keine vier Wochen ist es her, da postierte sich ein Grüppchen türkischstämmiger Demonstranten vor der Redaktion des „Mindener Tageblatts“, um mit türkischer Flagge und Plakaten mit dem Konterfei des türkischen Staatsgründers Atatürk gegen die angeblich einseitige Berichterstattung der Zeitung zu demonstrieren. Der Auslöser: Ein Leserbrief über die Aufarbeitung des Völkermordes an den Armeniern in den Jahren 1915 bis 1917. Offenbar beeindruckt von der Belagerung druckte das „Mindener Tageblatt“ daraufhin einen Artikel, der versöhnlich gemeint war und das gegenüber der Redaktion vorgebrachte Anliegen der Demonstranten, genannt „Mindener Vorschlag“, beschreibt: „Wie in einem Gerichtsprozess“ solle von Türken und Armeniern der Sachverhalt der damaligen Ereignisse geprüft und bewertet werden.

Auch die Europaausgabe der türkischen Zeitung „Hürriyet“ reagierte – die Demonstranten hatten sie gleich mitgebracht -, nämlich mit einem Text, der sich als Aufruf liest, nach dem Beispiel des „Mindener Vorschlags“ eine europaweite Lobby gegen die Aufarbeitung des Völkermords zu gründen. Darin wird einer der Demonstranten zitiert: „Die türkische Geschichte ist rein. Wir müssen in Europa eine Einheit bilden. Der Kampf hat begonnen. Die Archive sind geöffnet. Wenn sie die Wahrheit erfahren wollen, sollen sie kommen und lesen und nicht vor einer Konfrontation weglaufen. Der Türke hat in seiner Geschichte nichts gemacht, wofür er sich schämen müsste.“

Man würde die Geschichte gern als deutsch-türkische Kleinstadtposse abtun, wäre sie nicht exemplarisch für das Vorgehen gewisser türkischer Kreise, die hierzulande versuchen, einen offenen Umgang mit dem Völkermord an den Armeniern zu verhindern – und damit dessen Anerkennung und Aufarbeitung. Es ist die Politik der Einschüchterung von Menschen, Medien und Institutionen. Aus fehlender Kenntnis der Sachlage, aus dem Wunsch, Konflikte mit den

türkischstämmigen Mitbürgern zu vermeiden, knicken diese ein.

» KStA: [Armenier-Genozid – Giordano nennt Erdogan „Brandstifter“](#)

(Spürnase: Kölschdoc)

Deutschlands erste türkischstämmige Ministerin



Der niedersächsische Ministerpräsident Wulff (CDU), der [zuletzt noch gefordert](#) hatte, mehr Menschen mit Migrationshintergrund in Spitzenämter zu berufen, hat jetzt seinen Worten Taten folgen lassen. Am Montag berief er die türkischstämmige Muslimin Aygül Özkan (Foto), eine enge Vertraute von Vural Öger (*„Was der gute Süleyman vor Wien nicht geschafft hat, das schaffen unsere geburtenfreudigen Türkinnen in der Bundesrepublik“*) aus Hamburg, neu ins niedersächsische Kabinett.

Es geht Wulff ganz offensichtlich nur um türkische Wählerstimmen und solange solch eine Nominierung nicht zum Verlust von deutschen Stimmen führt, wirds gemacht. Viele Deutsche scheinen sich mittlerweile geradezu danach zu sehnen,

von Türken regiert zu werden.

Die [FAZ](#) berichtet:

Mit der 38 Jahre alten Rechtsanwältin Özkan als Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration wird erstmals eine Muslimin Ministerin in Deutschland. Die frühere Unternehmerin Özkan war bisher Wirtschaftssprecherin der Hamburger CDU-Fraktion und ist seit 2008 stellvertretende Landesvorsitzende der CDU in Hamburg.

Die gläubige schiitische Muslimin sagt, sie sei in die CDU gerade wegen des „C“ eingetreten, da sie sich in den Werten Familie, Zusammenhalt und christliche Nächstenliebe wiederfinde. Sie ersetzt Mechthild Ross-Luttmann, die überregional durch ihre Koordinationsaufgabe bei der Durchsetzung des Nichtraucherschutzes bekannt wurde. Unterstützt wird Frau Özkan durch den neuen Staatssekretär Heiner Pott, bisher Oberbürgermeister der Stadt Lingen, und die Integrationsbeauftragte Honey Deihimi, deren Aufgabe vom Innenministerium in das neue Ressort verlagert wird. Bisher zählte das Politikfeld Integration zum Ressort des Innenministers Uwe Schönemann, der sich in seiner Politik als „Hardliner“ gibt und sich in jüngerer Zeit von Ministerpräsident Wulff entfremdet zu haben scheint.

Niedersachsen hatte bislang eine vergleichsweise vernünftige Einwanderungspolitik und hat auch relativ konsequent abgeschoben. Das wird sich jetzt wohl ändern...

(Spürnasen: hm, Petra P.)

**Türken mögen Deutschland
nicht!?**